

## 12. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

Sitzungsort: <b>Landkreis Aurich, Fischteichweg 7 - 13, 26603 Aurich (Raum 1.106, Sitzungssaal)</b>		
Sitzungsdatum: <b>16.12.2013</b>	Sitzungsbeginn: <b>15:00 Uhr</b>	Sitzungsende: <b>16:42 Uhr</b>

Mitglieder / Anwesende	Fraktion Gruppe	Funktion Anmerkung
<b>Vorsitz</b>		
Kleinert, Ingeborg	SPD	
<b>Mitglieder</b>		
Albers, Angelika	GRÜNE	
Dirks, Friederike	CDU	
Forster, Hans	SPD	
Frerichs, Theo	CDU	
Harms, Antje	SPD	Vertretung für Anita Biller
Ihnen, Hermann	SPD	
Jeromin-Oldewurtel, Beate	GRÜNE	Vertretung für Gila Altmann
Kleen, Barbara	SPD	
Lüppen, Christel	SPD	Vertretung für Erwin Sell
Sievers, Wolfgang	FDP	
Strömer, Wilhelm	FW	Vertretung für Johanne Carow
<b>Grundmandat</b>		
Seelgen, Blanka	DIE LINKE.	
<b>Beratende Mitglieder</b>		
Hülsebus, Dieter		
Tobiassen, Bernd		
<b>Verwaltung</b>		
Albers, Olga		Stellvertretende Amtsleiterin
Christoffers, Dieter		Amtsleiter

Jelden, Frauke	Gleichstellungsbeauftragte
Krabbe, Henni	Kreisrätin
Rewerts, Silke	Stellvertretende Gleichstellungsbeauftragte
Schäfer, Marcel	Protokollführer
Seemann, Volker	

**Nicht anwesend:**

**Mitglieder**

Altmann, Gila	GRÜNE
Biller, Anita	SPD
Carow, Johanne	FW
Odens, Roelf	CDU
Sell, Erwin	SPD

**Beratende Mitglieder**

Borm, Hans-Joachim
Lüppen, Jürgen
Pieschke, Bärbel

## Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 06.11.2013 - öffentlicher Teil -
5. Bericht des Ausländerbeauftragten
6. Bericht über die Zuweisung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern
7. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 03.09.2013: "Sozialpass landkreisweit - Landkreis-Card"  
Vorlage: VIII-AF/2013/020
8. Verschiedenes, Wünsche, Anregungen
9. Schließung der Sitzung

Öffentlicher Teil:

**TOP 1            Eröffnung der Sitzung**

Die **Vorsitzende Kleinert** eröffnete die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung um 15:00 Uhr und begrüßte die Mitglieder des Ausschusses sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung und der Presse.

**KARin Albers** nahm fast 20 Jahre die Funktion der Protokollführerin wahr. Sie wurde nun durch die **Vorsitzende Kleinert** verabschiedet, wobei diese sich für die gute Zusammenarbeit und die insgesamt 70 angefertigten Protokolle bedankte. **KARin Albers** bedankte sich ebenfalls bei der **Vorsitzenden Kleinert** und den Mitgliedern des Ausschusses für die kooperative Zusammenarbeit.

---

**TOP 2            Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Die **Vorsitzende Kleinert** stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung fest.

---

**TOP 3            Feststellung der Tagesordnung**

Gegen die Tagesordnung wurden keine Einwände erhoben.

---

**TOP 4            Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 06.11.2013 – öffentlicher Teil –**

Die Niederschrift vom 06.11.2013 – öffentlicher Teil – wurde einstimmig, bei zwei Enthaltungen wegen Nichtteilnahme, genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 10            Nein-Stimmen: 0            Enthaltungen: 2  
⇒ einstimmig beschlossen

---

**TOP 5            Bericht des Ausländerbeauftragten**

Der Flüchtlingsbeauftragte **Tobiassen** erläuterte, dass die Zuweisung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern derzeit die Hauptbeschäftigung seiner Flüchtlingsarbeit sei. Aus diesem Grunde wurde der TOP 6 gleich mitbehandelt.

Der Flüchtlingsbeauftragte **Tobiassen** erklärte, dass es im Landkreis Aurich Bürgerversammlungen gäbe, die jedoch nicht aus Empörung über die Zuweisung der Flüchtlinge stattfänden, sondern unter der Prämisse „Wie können wir helfen?“. Hierüber sei er erfreut. So führte er beispielsweise an, dass am vergangenen Donnerstag in der Kreisvolkshochschule Norden 30 Bürgerinnen und Bürger zusammengekommen seien, um darüber

zu diskutieren, wie den Flüchtlingen geholfen werden könne. Es wurde insbesondere besprochen, wie man den Flüchtlingen in der Anfangszeit zur Seite stehen und sie willkommen heißen könne. Ähnliche Versammlungen hätten auch in Loquard stattgefunden.

Letztlich wies der **Flüchtlingsbeauftragte Tobiassen** noch darauf hin, dass es keine Kritik an der Aufnahme von Flüchtlingen gäbe. Beispielhaft verwies er auf einen Artikel der Ostfriesischen Nachrichten, die sich nur mit der Unterbringungspraxis von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern kritisch auseinandersetzte. Als Negativbeispiele für Bürgerversammlungen, die sich gegen die Aufnahme von Flüchtlingen richteten, führte der Flüchtlingsbeauftragte noch Berlin-Hellersdorf und Hamburg-Harburg an.

Weiter zeigte der **Flüchtlingsbeauftragte Tobiassen** noch auf, dass es eine große Bandbreite an Asylbewerberinnen und Asylbewerbern gäbe. Der Großteil käme aus Syrien. So würden am Dienstag, 17.12.2013, weitere 14 Flüchtlinge aus Syrien eintreffen. Diese kämen aus dem Aufnahmekontingent des Bundes, der 5.000 syrische Flüchtlinge aufnehmen wolle. Weitere Flüchtlinge stammten aus dem Iran oder Afghanistan.

**Flüchtlingsbeauftragter Tobiassen** wies noch darauf hin, dass die Asylbewerberinnen und Asylbewerber aus Eritrea sowie aus Syrien einen hohen Schutzbedarf aufwiesen und dadurch auch mit großer Wahrscheinlichkeit ein Bleiberecht in der Bundesrepublik Deutschland erhielten. Daher solle man diesen Personen einen guten Start in der Bundesrepublik Deutschland ermöglichen.

Auf Nachfrage der **Vorsitzenden Kleinert** erläuterte **Kreisrätin Krabbe**, dass in der letzten Sitzung der Hauptverwaltungsbeamtinnen und Hauptverwaltungsbeamten die Flüchtlingsproblematik besprochen worden sei. Es herrsche großer Wohnraumbedarf, was zu Schwierigkeiten führe. Es würden Kontaktpersonen in den Gemeinden benötigt, die eine Unterstützung vor Ort sicherstellen. Diesen sollten dann Empfehlungen durch den Landkreis Aurich an die Hand gegeben werden, durch die sie einen roten Faden für den Umgang mit bestimmten Situationen erhielten. Für die vielschichtigen Probleme, die vor Ort auftreten könnten, müssten pragmatische Entscheidungen getroffen werden können.

Der **Flüchtlingsbeauftragte Tobiassen** erklärte auf Nachfrage der **Vorsitzenden Kleinert**, dass beim Runden Tisch für Migrationsfragen Probleme erörtert worden seien, die sich im Zusammenhang mit der Unterbringung ergäben. So habe es 3 Jugendliche aus Syrien gegeben, die eine Schule besuchen sollten. Da diese nicht mehr schulpflichtig seien, wurde eine Aufnahme durch die Schule abgelehnt. Die Berufsschule hatte eine Aufnahme der Jugendlichen wegen fehlender Sprachkenntnisse abgelehnt. Hier konnte bislang kein Durchbruch erzielt werden, obwohl die Jugendlichen voraussichtlich in der Bundesrepublik Deutschland bleiben würden.

**KOAR Christoffers** erklärte auf Nachfrage der **Abgeordneten Jeromin-Oldewurtel**, dass die Einrichtung von Konten aufgrund des Geldwäschegesetzes schwierig sei. Hintergrund sei, dass Personen, deren Identität nur auf eigenen Angaben beruhe, also nicht durch Passpapiere nachgewiesen sei, nach dem Geldwäschegesetz kein Konto eröffnen dürften. Dieses Problem sei bereits am Runden Tisch mit Landrat Weber erörtert worden. Der Landkreis Aurich könne hierauf auch keinen Einfluss nehmen. Es müssten monatlich ca. 150 Schecks manuell ausgefüllt und ausgegeben werden. Eine Bargeldausgabe könne aufgrund fehlender Kassenautomaten ebenfalls nicht erfolgen. Der Zustand, dass die Hilfeempfängerinnen und Hilfeempfänger bereits am Ersten eines Monats die Leistungen für den gesamten Monat bei sich trügen, sei sehr unglücklich.

**Abgeordneter Sievers** erkundigte sich nach dem Anteil des Landkreises Aurich an dem Kontingent an syrischen Flüchtlingen (insgesamt 5.000), den der Flüchtlingsbeauftragte auf etwa 14 bezifferte. **KOAR Christoffers** ergänzte, dass es sich bei dem Kontingent um



ein Programm der Bundesregierung handele und dass zusätzlich etwa 30.000 Flüchtlinge aus Syrien in die Bundesrepublik Deutschland eingereist seien.

Dem Landkreis Aurich sollten im Kalenderjahr 2013 insgesamt 391 Asylbewerberinnen und Asylbewerber zugewiesen werden. Hiervon wurden tatsächlich 349 Personen aufgenommen und untergebracht. Die 42 Flüchtlinge, die im Kalenderjahr 2013 nicht untergebracht werden konnten, würden die Quote für das Kalenderjahr 2014 entsprechend erhöhen. Ursprünglich sollten dem Landkreis Aurich im Jahr 2014 insgesamt 259 Personen zugewiesen werden, diese Anzahl erhöhe sich nunmehr um die 42 nicht untergebrachten Asylbewerberinnen und Asylbewerber auf insgesamt 301. **KOAR Christoffers** wies zudem darauf hin, dass es sich bei den zugewiesenen Personen nicht ausschließlich um Flüchtlinge handele. Es würden auch Personen zugewiesen, die bereits im Gebiet des Landkreises Aurich gelebt hätten und in ihr Heimatland zurückgekehrt seien. Diese reisten nunmehr in das Bundesgebiet zurück und würden dem Landkreis Aurich, als letzten Zuweisungsort vor der Ausreise in das Heimatland, erneut zugewiesen werden.

Auf Nachfrage des **Abgeordneten Sievers** teilte die **Vorsitzende Kleinert** mit, dass eine Nutzung von leerstehenden Gebäuden, wie beispielsweise Schulen thematisiert werden könne.

Der **Flüchtlingsbeauftragte Tobiassen** erläuterte auf Nachfrage des **beratenden Mitgliedes Hülsebus**, dass es sich bei den Kontingentflüchtlingen um 5.000 syrische Flüchtlinge aus dem Libanon handele, die von der UNO-Flüchtlingshilfe (UNHCR) gemeinsam mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge für eine Aufnahme im Bundesgebiet ausgewählt wurden. Diese Flüchtlinge bekämen eine Aufenthaltserlaubnis und eine Arbeits-erlaubnis sowie das Recht auf Teilnahme an einem Deutschkurs.

**Abgeordneter Forster** fasste sodann nochmals zusammen, dass drei Punkte zu klären seien:

1. Es müsse eine Möglichkeit geschaffen werden, damit die Flüchtlinge ein Konto eröffnen können,
2. man solle künftig Mitglieder der Bürgerzusammenkünfte, soweit sich diese gefestigt haben, als Multiplikatoren zu den Sitzungen des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung einladen und
3. die Bundestagsabgeordneten aus dem Gebiet des Landkreises Aurich sollten für die Situation im Umgang mit den Flüchtlingen sensibilisiert werden, um an einer Verbesserung der Situation mitzuwirken.

Die **Abgeordnete Seelgen** verlies in der Zeit von 16:53 Uhr bis 16:54 Uhr den Raum.

**Abgeordnete Albers** erkundigte sich nach Sprachlernklassen und Bekleidung für den Winter. **Flüchtlingsbeauftragter Tobiassen** erläuterte, dass der Anteil für Bekleidung mit dem Regelsatz abgegolten sei, der jedoch nicht ausreiche. Es gäbe Kleiderkammern und private Initiativen, jedoch keine organisierte Hilfe. Eine solche Hilfe sollte nach Auffassung der **Vorsitzenden Kleinert** gestartet werden.

**KOAR Christoffers** ergänzte hinsichtlich der Sprachlernklassen, dass eine Liste mit Schülerinnen und Schülern erstellt und an das Amt für Schulen und IT weitergegeben wurde, um eine Klasse zu organisieren. Schwierig sei jedoch, dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus dem gesamten Kreisgebiet kämen, trug **Flüchtlingsbeauftragter Tobiassen** vor.

Auf Nachfrage des **Abgeordneten Dirksen**, ob das Wohnraumangebot ausreichend sei und ob die Vorurteile in der Bevölkerung hinsichtlich der Vermietung an Personen mit

Migrationshintergrund angebracht sei, entgegnete **KOAR Christoffers**, dass seitens des Sozialamtes Mietangebote gesammelt und auf Bewohnbarkeit geprüft würden. Für die bevorstehende Zuweisung am 10.12.2013 sei Wohnraum vorhanden. Hinsichtlich der Vorurteile gab **KOAR Christoffers** an, dass man keinen Unterschied zu deutschen Mieterinnen und Mietern erkennen könnte. Es gebe auch hier Wohnungen, die gepflegt oder sogar in ihrem Zustand verbessert würden, aber auch Wohnungen, bei denen das Gegenteil der Fall sei. Auf die Frage des **Abgeordneten Dirksen**, wer für Schäden durch Mieterinnen und Mieter hafte, antwortete **KOAR Christoffers**, dass dies der Landkreis Aurich als Mieter sei.

Auf Nachfrage der **Abgeordneten Albers** erklärte sich die **Vorsitzende Kleinert** damit einverstanden, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 02.12.2013 in der nächsten Sitzung zu behandeln.

Der Runde Tisch für Migrationsfragen, so die **Vorsitzende Kleinert** auf Anregung der **Abgeordneten Albers**, diesen vierteljährlich anzuberaumen, würde bei Bedarf flexibel einberufen werden. **Flüchtlingsbeauftragter Tobiassen** räumte ein, dass dieser im Jahr 2013 zu wenig getagt hätte, dieses jedoch künftig häufiger geschehen solle.

**Flüchtlingsbeauftragter Tobiassen** verwies zum Abschluss noch auf konkrete Beispiele für ehrenamtliche Hilfe, wo u. a. in Neßmersiel ein Pastor Deutschunterricht anbiete, in Dornum Begleitung zu Arztbesuchen angeboten würde oder in Leezdorf ein hohes Engagement bei der Integration der dort zugewiesenen Eritreer herrsche, die sich dort sehr wohl und eingebunden fühlten.

**Vorsitzende Kleinert** beendete die TOP 5 und 6 mit Dank an den **Flüchtlingsbeauftragten Tobiassen** und an das Sozialamt.

*Nachtrag: Kreisrätin Krabbe hat nach der Sitzung folgende Termine für den Runden Tisch für Migrationsfragen im Kalenderjahr 2014, jeweils um 15:00 Uhr, festgelegt: 03.02.2014, 21.05.2014, 25.09.2014 und 02.12.2014.*

---

TOP 6            Bericht über die Zuweisung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern

Wurde gemeinsam mit TOP 5 behandelt.

---

TOP 7            Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 03.09.2013:  
"Sozialpass landkreisweit – Landkreis-Card"  
Vorlage: VIII-AF/2013/020

Auf Nachfrage der **Abgeordneten Albers** erklärte die **Vorsitzende Kleinert**, dass dieser TOP auf ihren Wunsch auf die Tagesordnung aufgenommen wurde und erteilte dem **Abgeordneten Forster** das Wort.

Dieser erläuterte, dass die SPD-Fraktion die Einführung einer Landkreis-Card befürworte, diese jedoch nicht über das Knie brechen wolle. Die Einführung einer Landkreis-Card solle politisch in den Gemeinde-/Stadtträten beschlossen werden. Hier sollten die Kommunen über ein Engagement beraten und die Bereitstellung finanzieller Mittel und entsprechender Verwaltungskapazitäten beschließen. Ein solches Angebot müsse flächendeckend eingeführt werden. Er verwies beispielhaft auf die Stadt Aurich, die bereits in ih-



rem Bereich ein ähnliches Angebot vorhalte, während im Bereich der Stadt Norden ein ursprünglich eingeführter Sozialpass mittlerweile nur noch für Jugendliche zur Teilnahme am Vereinsleben gelte. Laut **Abgeordneten Forster** solle man Anfang 2014 eine entsprechende Initiative bei den Kommunen starten, damit diese dann dieses Thema in den Räten diskutieren könnten. Wenn ein Ergebnis über die Beteiligung der Kommunen dann feststehe, könne der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung im zweiten Halbjahr 2014 über die Einführung einer Landkreis-Card beraten. Es solle auf keinen Fall eine Entscheidung ohne Beteiligung der Kommunen erfolgen. Dementsprechend solle man die Einführung einer Landkreis-Card von der Tagesordnung der nächsten Sitzung des Kreistages herunternehmen.

Laut der **Vorsitzenden Kleinert** und **KOAR Christoffers** wurde bei den Gemeinden bereits eine Anfrage hinsichtlich dortiger Angebote in der Vergangenheit und den daraus resultierenden Kosten gestellt.

Die **Abgeordneten Forster** und **Seelgen** schlugen vor, durch den Landkreis Aurich einheitliche Kriterien für eine Landkreis-Card zu formulieren. **Abgeordneter Forster** schlug konkret eine interfraktionelle Arbeitsgruppe vor, die einen einheitlichen Vorschlag definiere.

Die **Vorsitzende Kleinert** bat den **Abgeordneten Forster**, jeweils eine Person pro Fraktion zu einer solchen Arbeitsgruppe einzuladen. Dieser willigte ein.

---

**TOP 8**                    Verschiedenes, Wünsche, Anregungen

Die **Abgeordnete Albers** regte an, das Thema „Gleichstellung“ in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung zu behandeln. Zudem bat sie um Sachstandsmitteilung zum Mietspiegel des Landkreises Aurich, der automatisch aktualisiert werden sollte.

Die **Vorsitzende Kleinert** sagte zu, die Anliegen in das Protokoll aufzunehmen.

---

**TOP 9**                    Schließung der Sitzung

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss die **Vorsitzende Kleinert** die öffentliche Sitzung um 16:18 Uhr.

---

gez. Kleinert  
Vorsitzende

---

gez. Schäfer  
Protokollführer